

# Minderheit gewinnt Mehrheit

## Die „Koalition der Einladung“ besteht Landtagswahl

*Nach 21 Monaten kam das Aus. Der Haushalt 2012 der rot-grünen Minderheitsregierung fand in der zweiten Lesung im März dieses Jahres keine Mehrheit. Es folgte ein Novum in der Landesgeschichte: Der Landtag löste sich auf. Innerhalb von 60 Tagen musste es zu Neuwahlen kommen. Im Mai dann eine klare Sache: Rot-Grün erhielt eine deutliche Mehrheit. Jetzt kann der Landeshaushalt für das laufende Jahr verabschiedet werden. Durch die Neuwahl neuer Schwung auch für aufgehobene Projekte wie Klimaschutz, Nichtraucherschutz und Ladenöffnungszeiten. Die Regierung Kraft II nimmt Fahrt auf.*

**Januar** Die CDU-Fraktion möchte mit ihrem Vorschlag zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes Städten und Gemeinden eine Handhabe geben, um gegen die zunehmenden Verstöße im Zusammenhang mit Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen und Straßen vorzugehen. Eine Anhörung im Innenausschuss belegt, dass diese Initiative zwar grundsätzlich begrüßt wird, aber Zweifel an einer rechtssicheren Umsetzung bestehen.

Seiner besonderen Verantwortung für den Klimaschutz will das Energieland NRW durch ein eigenes Klimaschutzgesetz gerecht werden. Drei Ausschüsse befragen zahlreiche Fachleute zum Entwurf. Dieser soll verbindlich Ziele, Maßnahmen und Überwachungsmechanismen festschreiben und für eine gesetzliche Verankerung des Klimaschutzes in NRW sorgen.

Eine Woche nach einer weiteren Anhörung diesmal zu den Ladenöffnungszeiten beraten die Fraktionen in einer Aktuellen Stunde über das Thema. Während die Opposition von einer möglichen Gefahr für den Wirtschaftsstandort NRW spricht, kündigt die Koalition eine Überprüfung der Sonntagsöffnung an.

**Februar** In einer Aktuellen Stunde verlangen SPD und GRÜNE, dass nach den bekannt gewor-

denen Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern neu justiert wird. Mit einer Schweigeminute gedenkt der Landtag der Opfer rechtsextremistischer Gewalt und demonstriert so für ein friedliches Miteinander ohne Hass, Intoleranz und Gewalt.

Darüber hinaus verabschieden die Landtagsfraktionen bei Enthaltung der LINKEN das Gesetz zur gesellschaftlichen Teilhabe und Integration. Damit schafft Nordrhein-Westfalen als erstes Flächenland hierfür eine verbindliche rechtliche und umfassende Grundlage.

32 Gegenstimmen gibt es, als der Landtag in namentlicher Abstimmung das Abgeordnetengesetz ändert. Um bei den Altersbezügen die Grundversorgung aller Abgeordneten zu verbessern, werden die Diäten um 500 Euro erhöht. Der monatliche Pflichtbeitrag der Abgeordneten beträgt ab März statt bisher 1.614 nun 2.114 Euro.

**März** Bürgerinnen und Bürger sollen leichter ein Ehrenamt übernehmen können: Mit ihrem gemeinsamen Entwurf zur Stärkung des kommunalen Ehrenamts wollen SPD, GRÜNE und FDP auch Teilzeitbeschäftigten und Menschen mit flexiblen Arbeitszeiten eine Möglichkeit zur

ehrenamtlichen Mitwirkung eröffnen. Es soll auch neue Angebote zur Fort- und Weiterbildung geben.

Mitte des Monats berät der Landtag in zweiter Lesung den von der Regierung vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 2012. Dabei stimmen CDU, FDP und LINKE gegen einen Einzelplan des Entwurfs und bringen damit den gesamten Etat zum Scheitern. Nach einem einstimmigen Beschluss des Plenums erklärt Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg die Auflösung des 15. Landtags. Ein Ständiger Ausschuss nimmt die Rechte der Volksvertretung bis zum Zusammentritt des neuen Landtags wahr.

**April** In einem gemeinsamen Aufruf fordert das Präsidium des Landtags die Bürgerinnen und Bürger auf, am 13. Mai 2012 von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wer wähle, setze ein Zeichen für die freiheitliche Demokratie und wirke dabei mit, dass eine Volksvertretung auf breiter Basis die zentralen Aufgaben der Politik im Land beraten und gestalten könne.

Auch wenn die Volksvertretung vorzeitig aufgelöst worden ist, präsentiert sich das Landtagsgebäude weiter als Haus der Bürgerinnen und Bürger: In der Nacht der Museen öffnet daher auch das Parlament Ende April bis nach Mitternacht seine Tore und zeigt seine Kunstwerke.

**Mai** 13. Mai 2012, 18 Uhr. Die Wahllokale im Land schließen. Die Stimmen werden ausgezählt. Danach sieht das rechnerische Ergebnis der Landtagswahl so aus: 7,8 Millionen haben gewählt, das entspricht bei rund 13 Millionen Wahlberechtigten einer Wahlbeteiligung von 59,6 Prozent. Mit 39,1 Prozent der Stimmen wird die SPD stärkste Partei, gefolgt von der CDU mit 26,3 Prozent. Die GRÜNEN kommen auf 11,3, die FDP auf 8,6 Prozent. Erstmals ziehen die PIRATEN mit 7,8 Prozent in den NRW-Landtag ein.





Am letzten Tag des Monats tritt der neue Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Abgeordneten werden zum uneigennütigen Einsatz für das Wohl der Menschen in NRW verpflichtet und wählen die Abgeordnete Carina Gödecke (SPD) zur Landtagspräsidentin.

**Juni** In der dritten Sitzung der neuen Legislaturperiode wählt der Landtag Hannelore Kraft (SPD) erneut zur Ministerpräsidentin. Mit 137 „Ja“-Stimmen erhält sie in der geheimen Wahl neun Stimmen mehr, als die rot-grüne Koalition Abgeordnete hat. 94 Parlamentarier votieren mit „Nein“, drei enthalten sich. Das einen Tag später vorgestellte Kabinett enthält zwei neue Gesichter: Garrelt Duin wird Wirtschaftsminister, Michael Groschek neuer Verkehrsminister. Beide gehören der SPD an.

Die Abwicklung der WestLB AG beschäftigt erneut den Landtag. Vor allem die FDP-Opposition beklagt, dass die Bank nicht schon früher verkauft worden sei und jetzt die nordrhein-westfälischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler beansprucht werden müssten. Die Koalition sieht keine Alternative zum vorgeschlagenen Weg: Alles andere werde nur noch teurer.

**Juli** Schafft das von der Regierung geplante Gutachten zu wirtschaftlichen Alternativen für die Kohlenmonoxid-Pipeline des Bayerwerks von Dormagen nach Krefeld mehr Transparenz und Sicherheit oder dient es bloß zur Verhinderung der Inbetriebnahme? Darüber streiten sich in einer von der FDP beantragten Aktuellen Stunde Regierung und Opposition. Beide Lager betonen, dass die Gesundheit der Menschen oberste Priorität haben müsse.

**August** In der sitzungsfreien Zeit wird im Plenarsaal heftig geböhrt und gehämmert: Notwendige Sanierungsmaßnahmen (Belüftung, Barrierefreiheit) stehen an.

**September** Unter großem Interesse von Öffentlichkeit und Medien stellt Landtagspräsidentin Carina Gödecke den von Grund auf sanierten Plenarsaal vor. Das Herzstück des Parla-

ments ist in nur zehn Wochen modernisiert und behindertengerecht umgebaut worden.

Die wiedergewählte Ministerpräsidentin stellt in ihrer Regierungserklärung den Fahrplan für die nächsten fünf Jahre vor. Hannelore Kraft (SPD) kündigt an, ihre Politik werde „vorbeugend, nachhaltig und gerecht“ sein. Damit das Wahlalter und die Hürden bei Volksbegehren gesenkt werden können, strebe sie eine Änderung der Landesverfassung an.

Am Tag danach liefern sich die fünf Fraktionen einen Schlagabtausch zur Regierungserklärung. Während CDU und FDP ihre Überzeugung erneuern, die Regierung spare zu wenig, stellen sich die Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE hinter Krafts Politik. Die PIRATEN wollen darauf achten, ob Rot-Grün seine Versprechungen einhält.

Mit der ersten Lesung beginnt erneut der Marathon rund um die Beratung des Landeshaushalts 2012. Während die Regierung ankündigt, die Schulden bis zum Jahr 2020 auf Null reduzieren zu wollen, wiederholen vor allem CDU und FDP ihren Vorwurf, es werde zu wenig und zu spät gespart.

**Oktober** In einer fünfstündigen Anhörung stellen gleich vier Ausschüsse die Chancen und Risiken des NRW-Klimaschutzgesetzes auf den Prüfstand. 38 Fachleute äußern sich kontrovers zum verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien und zum Ziel der weiteren CO<sub>2</sub>-Reduzierung. Unterschiedlich auch die Einschätzung der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen der angestrebten Klimaschutzmaßnahmen.

**November** Nach dem Schulkonsens zwischen Rot-Grün und CDU vom Juli 2011 geht es an die Umsetzung. Dazu legt die Landesregierung ein Konzept zur Sicherung einer wohnortnahen Schulversorgung im Grundschulbereich vor. Neben den Konsensparteien stimmen auch die PIRATEN zu. Die FDP ist dagegen.

Das Landtagspräsidium reist nach Brüssel. Die Landtagspräsidenten und ihre vier Stellvertreter treffen dort hohe europäische Repräsentanten und sprechen mit ihnen über die

bestehenden und zukünftigen Mitwirkungsmöglichkeiten des Landesparlaments auf europäischer Ebene.

Bundespräsident Joachim Gauck besucht den Landtag. Zu seinem offiziellen Antrittsbesuch im Bundesland NRW begrüßt Landtagspräsidentin Carina Gödecke den Gast, der den gewählten Abgeordneten seine Anerkennung für ihre Arbeit ausspricht. Der Bundespräsident plädiert für einen verständlichen und bürgernahen Politikstil.

In zweiter Lesung passiert das Nichtraucherschutzgesetz der Landesregierung den Landtag. Es soll nach dem Willen von Rot-Grün durch ein konsequentes Rauchverbot den Schutz der Gesundheit gewährleisten und Ausnahmen wie Brauchtumsfeste und Festzelte ausschließen. Auch Raucherclubs und Raucherräume soll es nicht mehr geben. Die namentliche Abstimmung zeigt, wie der Vorschlag der Landesregierung die Abgeordneten polarisiert: nur drei Enthaltungen, 128 Stimmen pro und 101 Stimmen contra.

Der dritte Sozialbericht der Landesregierung mit seinen „erschreckenden Befunden“ zu Armut und Reichtum in NRW, so Sozialminister Guntram Schneider, wird im Landtag kontrovers diskutiert. Die Koalition weist darauf hin, dass im Unterschied zum Bund die Beschreibung der sozialen Situation in NRW nicht geglättet oder vertuscht werde. Seitens der Opposition wird angemerkt, dass „Umverteilungsrhetorik“ und „wilder Aktionismus“ das Problem nicht lösen. Einmütig aber die Ansicht, dass Bildung als Schutz vor Armut immens wichtig sei.

**Dezember** Unmittelbar auf den Abschluss des Haushalts 2012 folgt der Haushalt 2013. Er sieht Ausgaben von rund 60 Milliarden Euro vor. Erwartet wird, dass die Steuereinnahmen auf 44,8 Milliarden Euro steigen. An neuen Krediten sind 3,5 Milliarden Euro vorgesehen. Im Plenum gibt es daraufhin in erster Lesung wieder eine Auseinandersetzung über Schuldenabbau und Einhaltung der ab 2020 geltenden Schuldenbremse. Ein Thema für die zweite und dritte Lesung – in 2013. *Jürgen Knepper*